

Berlin, Donnerstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zweifach.

Bezugs-Preis:

Wochensatz für Berlin 7 Mk., 50 Pf., ohne Portofolio, für ganz Deutschland 9 Mk., Österreich 13 Kr., 82 Heller, Rußland 2 Rub., 55 Kop., Holland 7 Fl., 50 Gts.

Für Frankreich, Belgien, England, Schwiz, Amerika usw. Kreuzband-SENDUNG 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: für England in London bei Messrs. Siegle 30 Pine Street E.C. und Lewis & Co. 19 Greenwich Street E.C.

# Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Expeditoren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Verdingungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Verzeichnisse der Preussischen Klassen-Lotterien.

Allgemeine Verlosungstabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Nebensachen.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf., Restantzeit 1 Mk.

Fernsprecher:

Umt I, Nr. 243.

Telegraphische Adressen: Börsen-Zeitung.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

## Vom Tage.

Im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses hielt gestern der Zentralverein zur Seeburg der Fluh- und Kanalschiffahrt seine Hauptversammlung ab.

Wie das Renteische Bureau meldet, wird die serbische Regierung gemäß dem von Rußland erteilten Aufschlage ihre Forderung auf Gebietsentschädigung zurückziehen.

Die Deutsche Orientbank hat gestern in Casablanca eine Zweigniederlassung eröffnet.

Bei den in London gepflogenen Beratungen der am Zwischendekret nach Südamerika beteiligten deutschen, englischen, französischen, holländischen und spanischen Linien kam eine Einigung zustande.

## Präsidentenwechsel in Amerika.

In Washington findet heute die feierliche Inauguration des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika statt. Mit Spannung erwartet man die erste Ansprache Tafts, die Aufschluß geben soll, ob der Nachfolger Roosevelts die eingeschlagenen Wege weiter verfolgen oder den Kurs ändern wird. Unter Ueberzeugung nach kann es sich höchstens um einen Wechsel in den Mitteln, aber schwerlich in den Zielen handeln, denn gerade die Gemeinsamkeit der politischen Bestrebungen hat zu der unigen Freundschaft geführt, die Taft und Roosevelt seit Jahren verknüpft hat. Wenn ihre Anschauungen auseinandergehen, kann sich diese etwaige Differenz nicht um das „Was“, sondern nur um das „Wie“ drehen.

Der scheidende Präsident ist eine stark ausgeprägte Persönlichkeit, eine streitbare Natur; hat er sich einmal ein Urteil gebildet, so ist er fremdem Rat völlig unzugänglich und sucht seinen Willen oft mit einer Rücksichtslosigkeit durchzusetzen, die vielfach Verwunderung hervorgerufen hat. Es steht etwas von einem Autokraten in Roosevelt und es läßt sich nicht leugnen, daß er dem Präsidentenamt einen ganz neuen Inhalt gegeben hat. Auf dem Gebiete der inneren Politik ist seiner Initiative das Vorgehen gegen den Mißbrauch der Trufts entsprungen und in weiterer natürlicher Folge die zentralkonstitutionelle Bewegung, die eine Stärkung der Bundesgewalt und eine Einschränkung der Rechte der Staaten im Auge hatte, allerdings ohne viel zu erreichen. Erfolgreicher war er auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Seiner unermüdbaren Tätigkeit verdankt Amerika eine achtunggebietende Flotte und eine wesentliche Stärkung des Landheeres. Gestützt auf diese Machtfaktoren konnte die nordamerikanische Republik aus ihrer früheren Passivität heraus zu einer Weltpolitik übergehen, die ihr die einem Staate von so großer Bedeutung gebührende Stellung im Kreise der Großmächte einzunehmen und ihre sich immer weiter ausdehnenden Handelsinteressen zu fördern gestattete.

Das gesteigerte Ansehen stellte Roosevelt in den Dienst des Friedens. Seiner Initiative entsprang die zweite Friedenskonferenz, er vermittelte den Frieden zwischen Rußland und Japan, er schloß mit 24 Staaten Friedensverträge ab und überwiegt die Streitigkeiten, die die Ver. Staaten mit Kanada und Venezuela hatten, dem Schiedsgericht in Haag zur Entscheidung. Das Vertrauen, das ihm von allen Seiten entgegengebracht wurde, hat das Bestreben, die Union zur Vormacht Amerikas zu machen, ganz erheblich gefördert.

Politisch von gleichen Anschauungen wie sein Vorgänger getragen, ist der neue Präsident Taft ein Mann von ganz anderem Schlage. Taftmäßig und zielbewußt, ein Politiker und Jurist von scharfer Urteilskraft, fehlt ihm doch die Kampfesfreudigkeit

Roosevelts; bezeichnend für ihn ist der ihm gegebene Beiname des „great pacifier“, des großen Friedensstifters.

Taft gehört einer Familie an, die sich im Dienste des Staates schon bewährt hat. Sein Vater bekleidete nacheinander das Amt des Justiz- und Kriegsministers und war dann als Gesandter in Wien und Petersburg tätig. William S. Taft, geb. 1857 in Cincinnati, bildete sich im Bureau seines Vaters zum Rechtsanwält aus, verließ aber gleichzeitig Reporterdienste für mehrere Zeitungen. 1881 trat er als stellvertretender Staatsanwalt für den Kreis Hamilton (Ohio) in den öffentlichen Dienst. 1883 ging er in den Bundesdienst als Steuererheber über und wurde 1887 zum Ober-Staatsanwalt ernannt. 1892 finden wir ihn als Bundeskreisrichter wieder. Als solcher bekannte er sich als Gegner der Trufts und Monopole, die ihre wirtschaftliche Gewalt mißbrauchten, und ging mit großer Energie gegen sie vor. Besonders segensreich wirkte er in den Jahren 1902 und 1903 als Präsident der Philippinen-Kommission. Sein öffentliches Bestreben, den Eingeborenen eine weitgehende Autonomie zu verschaffen und sie gegen Ausbeutung zu schützen, erwarb ihm deren volle Sympathien. Als ihm Roosevelt 1904 zurückberief, um ihm das Kriegsministerium anzutragen, schied er nur mit Widerstreben von der ihn ganz ausfüllenden Aufgabe. Auch in seiner neuen Stellung hatte er Gelegenheit, die Rolle des Friedensstifters zu spielen. 1906 ging er nach Kuba, um die Ordnung wiederherzustellen, und seinem Einfluß gelang es, eine Einigung unter den Parteien herzustellen und eine provisorische Regierung einzurichten.

In Panama wirkte er als Unterhändler und führte die Verhandlungen betr. die Uebernahme des Kanals und die Festlegung der Bauarbeiten.

Es ist zu wünschen, daß Präsident Taft auch in seiner neuen Würde als „pacifier“ auftritt und es ihm gelingt, die Interessengegenläge, die sich zum Teil infolge des schroffen Eingreifens Roosevelts in letzter Zeit scharf zugespitzt haben, zu veröhnen. Den guten Willen dazu bringt er sicherlich mit.

Die heutige Inaugurationsfeier verspricht außergewöhnlich glänzend zu werden. Roosevelt wird seinem Nachfolger nicht auf der Fahrt in das „Weiße Haus“ das Geleit geben, wie es sonst üblich war, sondern sich sofort nach Verlesung der Antrittsansprache Tafts im Kapitäl nach Oyster Bay begeben. Es wurde seinerzeit bekannt gemacht, daß er Mitte März nach Neapel abreisen werde, um einen Dampfer der Deutschen Ostafrika-Linie für die Reise nach dem Hafen Atlandia, in Bombaza, zu benutzen. Neuerdings verlautet jedoch, daß der Kapitäl des Linien-schiffes „North Carolina“ den Befehl erhalten hat, die auf diesem Schiffe von Mr. Taft auf seiner Reise nach Panama benutzten Räume unberührt zu lassen, und man schließt daraus, daß Roosevelt an Bord dieses Schiffes direkt nach Bombaza fahren wird.

## Telegramme.

**Nienis, 3. März.** (C. T. C.) Das Mitglied des Herrenhauses und langjähriger Landrat des Kreises Ziegenrück, Kammerherr von Breitenbuch, ist heute nachmittags auf einem Spaziergang an einem Schlaganfall gestorben.

**Darmstadt, 3. März.** (C. T. C.) In der fortgesetzten Staatsberatung der Zweiten Kammer erklärte Finanzminister Gnaul, schmerzhaft berührt habe ihn die Erkenntnis, daß bei den Parteien immer noch die Partei höher zu stehen scheine, als das Vaterland. Das sei namentlich bei der so wichtigen Frage der Finanzreform tief zu beklagen. Der Vorwurf, welchen der Abg. Harn der Regierung gemacht habe, daß sie es an der nötigen Aufklärung

habe fehlen lassen, sei nicht gerechtfertigt. Es sei zu prüfen, ob dieser Vorwurf nicht mehr den Parteien selbst zu machen sei, weil sie über die Reichsfinanzreform — anstatt unparteiisch Aufstellungen zu geben — zu sehr ihre eigenen vorgefaßten Meinungen verbreitet hätten. Wenn bezüglich der Nachlasssteuer Bedenken erhoben worden seien, daß eine Gruppe von Steuerobjekten nicht genügend herangezogen würde, wie z. B. die juristischen Personen, das Vermögen der Toten Hand zc., so sei dies richtig. Allein das sei ein Mangel, den man leicht abhelfen könne. Dem zweiten Bedenken, daß sich bei gewissen Objekten die Steuer zu sehr anhäuft und damit gefahrbringend für das Objekt sein könne, trage der Entwurf schon Rechnung durch die Bestimmung, daß, wenn bei eintretendem Nachlasswechsel die letzte Besteuerung 5 Jahre zurückliegt, keine neuen Steuern erhoben werden, und wenn sie 10 Jahre zurückliegt, nur die Hälfte erhoben werden soll.

**Oldenburg, 3. März.** (C. T. C.) In der heutigen Sitzung nahm der oldenburgische Landtag mit 27 gegen 16 Stimmen das neue Schulgesetz an, das eine Neuorganisation und Reform des Schulwesens bringt. Die geistliche Schulaufsicht bleibt in abgeschwächter Form bestehen.

**Agram, 3. März.** (C. T. C.) Heute begann die öffentliche Schlussverhandlung in dem großserbischen Hochverratsprozess, der sich gegen 53 Angeklagte richtet. Die Staatsanwaltschaft hat 250 Zeugen vorgeladen. Ebenso hoch wird die Zahl der Entlastungszeugen sein. Die heutige Sitzung war mit Verlesung der Anklageschrift ausgefüllt, die wegen ihres Umfangs noch die morgen stattfindende Sitzung beanspruchen wird.

**Paris, 3. März.** (C. T. C.) In der vergangenen Nacht ist das Denkmal Scheurer-Kesslers im Jardin du Luxembourg beschädigt und mit Farbe beschmierig worden. Eine Untersuchung ist eingeleitet, die sich hauptsächlich auf rogalistische Kreise erstreckt.

**London, 3. März.** (C. T. C.) Staatssekretär Grey empfing eine Abordnung der vereinigten Handelskammern, die dringen bat, daß im Kongostaate keine Veränderung des status quo anerkannt werden möge, wenn nicht die kommunalen Rechte der Eingeborenen auf Landbesitz wieder hergestellt und Freiheit des Verkehrs eingeführt würde. Grey erwiderte, er sei sehr beehrt, die Angliederung des Kongostaates an Belgien anzuerkennen in der Hoffnung, daß diese das Land für den Verkehr öffnen und eine gute Regierungsform schaffen werde. Diese Anerkennung könne er aber erst dann geben, wenn es klar sei, daß mit der Anerkennung der Angliederung die englische Regierung nicht auch das alte System im Kongo anerkenne, über das Klage zu führen aus Gründen der Humanität Anlaß vorhanden gewesen sei.

**Unterhaus.** In einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage erklärte Premierminister Asquith, das Problem der Luftschiffahrt nehme die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch. Sowohl im Interesse als auch im Flotteninteresse sei Vorfrage getroffen, welche die Sicherheit schaffe, daß die Frage der Verwendung von Luftschiffen in der Kriegsführung zu Wasser und zu Lande von der Admiralität und dem Kriegssamt gründlich untersucht werden würde.

**Beograd, 3. März.** (C. T. C.) Wie gemeldet wurde, hatte der König bei der vorgelegten Hofliste die Amnestie sämtlicher politischen Verbrecher angekündigt. Heute veröffentlicht das Amtsblatt den die Amnestie aussprechenden königlichen Ukas.

**Armatow** (Gouvernement Kuban), 3. März. (C. T. C.) In einem Postzuge der Wladikavkazbahn gelang es acht Räubern, von Bahnkassenbeamten 40 000 Rubel zu rauben. Die Täter sprangen dann vom Zuge und entkamen. (Siehe auch in der I. und II. Beilage.)

## Antliche Nachrichten.

Der König hat dem Regierungsrat Dr. Heinrich Lindemann, dem Kriminalkommissar Georg Sebler, dem Brandinspektor Johannes Teubner, sämtlich zu Berlin, und dem Pastor Paul Horn zu Wiesbaden im Kreise Strehlen den Orden Ritterorden vierter Klasse,